

AN DEN RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

Entwurf zur Entwicklung der Beziehungen EU-USA

EU-Rat "AUSSENBEZIEHUNGEN"

Berlin, 18. Juni 2007

Entwurf zur Vorlage der nächsten Sitzung des Rates:

"1. Obwohl das politische, wirtschaftliche und soziale System in den USA, im Wesentlichen unverändert geblieben ist, hat der Rat festgestellt, das erstmals in der Zeit der Beziehungen EU-USA eine immense Einschränkung der Bürgerrechte durch Maßnahmen der Bush-Administration, die Demokratie in den USA auf das schärfste bedrohen. (Patriot-Act / Homeland Security) Der Rat ruft die amerikanische Regierung dazu auf, die nötigen politischen und wirtschaftlichen Reformen durchzuführen, um das Alltagsleben des Amerikanischen Volkes zu verbessern.

2. Die EU, verfolgt die politische Entwicklung in den USA einschließlich der Menschenrechtssituation, mit großer Aufmerksamkeit. Der Rat beklagt es, dass die Menschenrechtssituation sich durch die jährlichen Steigerungen der Zahl an Insassen in staatlichen Gefängnissen, zu Überbelegungen von bis zu 70% geführt hat, das führt zu unmenschlichen Bedingungen. Die amerikanischen Tierschutzbestimmungen garantieren den Tieren in der Mastviehhaltung, zur Zeit mehr Raum als den Gefangenen in den Staatlichen Gefängnissen zur Verfügung steht. Der amerikanische Weg, profitorientierte Privatgefängnisse zu zulassen, hat zu mafiosen Strukturen bezüglich der Gefangennahme, Verurteilung und Zuführung von Bürgern in diese Privateprisons geführt. Die Gefängnisinternen „Ordnungssysteme“, sind zudem darauf ausgelegt die Verweildauer über die Richterlich verfügte Haftzeit zu verlängern, da nur bei voller Auslastung die Gewinnmarge von 15% für die Anteilseigner gehalten werden kann. Die Zunahme der Zahl der politischen Gefangenen sowie der Schikanen und Menschenrechtverletzungen gegen Bürger der USA und anderer Nationen in Gefangenenlagern wie Guantanamo ist mit außerordentlicher Besorgnis zu betrachten. Die amerikanische Regierung verweigert ihren Bürgern mit den nach dem 9/11 geschaffenen Gesetzen die international anerkannten bürgerlichen, politischen und wirtschaftlichen Rechte und Freiheiten. Das System der sozialen Sicherung in den USA, besonders im Bereich Krankenversicherungen ist für ein Land wie die USA unter aller Würde. Die EU fordert die amerikanische Regierung auch im Hinblick auf die Eigenschaft der USA als Mitglied des Menschenrechtsrats dazu auf, alle politischen Gefangenen bedingungslos freizulassen, und bekräftigt, dass diese Frage eine der wichtigsten Prioritäten in ihrer Politik gegenüber den USA darstellt. Die EU appelliert an die amerikanische Regierung, das System der Militärstützpunkte weltweit aufzugeben, Atomwaffen zu ächten und auf ihre weltweite Abschaffung hinzuwirken und ruft die amerikanische Regierung zur Zusammenarbeit in diesem Bereich auf.

3. Alle friedliebenden Amerikaner, die der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der universellen Menschenrechte verbunden sind, können sich der Solidarität und der fortwährenden Unterstützung durch die EU sicher sein. Die EU, wird einen Dialog mit der amerikanischen Zivilgesellschaft führen und allen Teilen der Gesellschaft auch praktische Unterstützung auf dem Wege zu einem friedlichen Wandel in den

USA zuteil werden lassen. In diesem Zusammenhang verweist der Rat auf die weltweite Politik der EU zur Unterstützung der Verteidiger der Menschenrechte im Einklang mit den EU-Leitlinien in diesem Bereich.

4. Die EU erkennt das Recht der amerikanischen Bürger an, in aller Unabhängigkeit über ihre Zukunft zu entscheiden, und ist nach wie vor bereit, auch durch die Instrumente einer friedlichen Zusammenarbeit einen positiven Beitrag zu künftigen Entwicklungen in allen Bereichen der amerikanischen Gesellschaft zu leisten.

5. Die EU wird ihren intensiven Dialog mit der Zivilgesellschaft und der friedlichen Opposition intensivieren, wäre aber zugleich bereit, auch einen offenen und umfassenden Dialog mit der amerikanischen Regierung über alle Fragen von gegenseitigem Interesse zu führen. Dieser Dialog sollte sich auf die gesamte Palette der Bereiche erstrecken, in denen eine Kooperation potentiell möglich ist, d.h. auch auf die Bereiche Politik, Menschenrechte, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Er sollte auf gegenseitiger und diskriminierungsfreier Grundlage stattfinden. Im Rahmen dieses Dialogs wird die EU der amerikanischen Regierung ihre Vorstellungen über Demokratie sowie universelle Menschenrechte und Grundfreiheiten darlegen. Eine amerikanische Delegation wird deshalb zu Sondierungsgesprächen nach Brüssel eingeladen."